

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräte Michael Bernard, Christoph Steiner
und weiterer Bundesräte

betreffend **Ernährungssouveränität: Flächen für die Produktion freigeben**

eingebraucht im Zuge der Debatte über den TOP 12, den Beschluss des Nationalrates vom 19. Mai 2022 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 2007, das Landwirtschaftsgesetz und das AMA-Gesetz geändert werden (1442 d.B. und 1451 d.B. sowie 10967/BR d.B.), in der 941. Sitzung des Bundesrates, am 2 Juni 2022

Das Leben als Landwirt wird auf der einen Seite immer bürokratischer und teurer, während auf der anderen Seite die Einkünfte stagnieren. Von Ernährungssouveränität für Österreich kann keine Rede sein. Vermeintliche Überschüsse gibt es nur am Papier. Seitens der Bundesregierung zeigt man sich trotz aller Krisen durchwegs optimistisch, obwohl niemand vorhersagen kann, wie Wetter und Ernte heuer ausfallen werden. Die Bäuerinnen und Bauern fragen sich zu Recht, woher dieser Optimismus kommt. Statt Politik nach dem Prinzip Hoffnung, wäre es nunmehr an der Zeit für konkrete Maßnahmen. Es wird nicht genügen, die internationalen Märkte mit Staunen zu beobachten und dabei zuzusehen, wie Lebensmittel-, Betriebsmittel- und Energiepreise in ungeahnte Höhen schnellen. Die Landwirte wollen leben. Die Bundesregierung muss sie leben lassen.

Unter der Devise „Landwirte leben lassen“ hat die FPÖ daher bereits ein umfangreiches Paket zugunsten der heimischen Landwirte vorgestellt:

- **Überarbeitung der GAP:** Es braucht weniger EU-Bürokratie. Statt Bauern zu verpflichten weitere Flächen aus der Produktion zu nehmen, muss die heimische Produktion unterstützt und gestärkt werden.
- **SV-Beiträge in der Krise erlassen:** Als gerechte, rasche und unbürokratische Hilfe, braucht es einen Rettungsschirm für die Landwirtschaft.
- **AMA-Marketing Beiträge abschaffen:** Allein im Jahr 2020 hat die AMA-Marketing knapp 19 Millionen Euro an Beiträgen eingenommen, die besser bei den bäuerlichen Familien geblieben wären.
- **Kostenexplosion bremsen:** Die Mehrwertsteuer und Mineralölsteuer müssen für alle landwirtschaftlichen Betriebe während dieser Krise ausgesetzt werden, um die explodierenden Produktionskosten einzudämmen.
- **Agrargipfel für Ernährungssouveränität:** Der Stand der heimischen Ernährungssouveränität muss im Rahmen eines Agrargipfels endlich diskutiert werden, um sinnvolle Konzepte für die Zukunft zu erarbeiten.

Von der türkis-grünen Regierungsmehrheit wurde der wichtige Antrag jedoch im Nationalrat abgelehnt.¹ Insbesondere die Bauern zu verpflichten immer mehr Flächen aus der Produktion zu nehmen sorgt jedoch für Unverständnis und Ärger bei den Betroffenen, die häufig um ihr ertragfähigstes Ackerland bangen.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

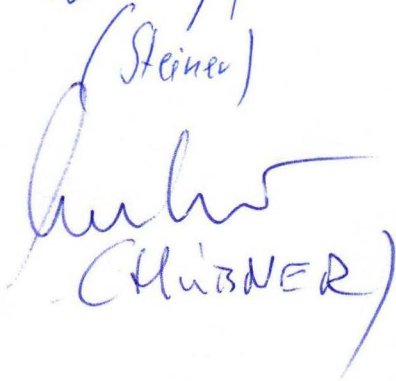
Der Bundesrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus wird aufgefordert, die GAP und deren Umsetzung dahingehend zu überarbeiten, dass vor dem Hintergrund aktueller Krisen die Pflicht, landwirtschaftliche Flächen aus der Produktion zu nehmen, aufgehoben wird.“


(Steiner)


(LEINFELLNER)


(OFNER)


(HUBNER)


(BERNARO)

¹ Antrag der Abgeordneten Peter Schmiedlechner, Kolleginnen und Kollegen betreffend 3-L-Regel in der Landwirtschaft: Landwirte leben lassen (2462/A(E)), www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/A/A_02462/index.shtm

